

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Gießener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Gießen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitungen“ erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Rotationsdruck und Verlag der Brüderischen Universitäts- und Steindruckerei, K. Lange, Gießen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schulstraße 7. Expedition und Verlag: 112. Redaktion: 112. Tel.-Nr.: Anzeiger-Gießen.

Mb. Deutscher Reichstag.

23. Sitzung, Mittwoch, den 11. März.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Solz.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min.

Der Kolonialetat.

(Wörter Tag.)

Es folgen die Etats für die einzelnen Schutzgebiete.

Togo.

Berichterstatter Abg. Waldstein (Sp.) weist darauf hin, daß der Etat in der Kommission ein bloß angenommen worden ist.

Abg. Dr. Baasche (natl.)

begreifst die Rentabilität des für Togo geplanten Eisenwerks. Man hätte das lieber dem Privatbetriebe überlassen sollen.

Der Etat wird erledigt.

Neuguinea und die Südsee-Inseln.

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Wir befinden uns in der eigentümlichen Lage, daß wir gestern bei Bewilligung des Kolonialkredits nach dem Vorschlag der Budgetkommission zu dem jetzt vorliegenden Etat 500 000 Mark für Petroleumabzehrungen auf Neuguinea bewilligt haben. Diese Summe steht außer Verhältnis zu dem wahrscheinlichen Ergebnis. In Kolonialkassen sollen wir alle Ausgaben vermeiden, die zu vermeiden sind. Es wird kaum möglich sein, Petroleum aus Neuguinea zu annehmbarem Preis auf den deutschen Markt zu bringen. Der Beschluß der Kommission ist einzig in seiner Art. In der dritten Lesung werde ich beantragen, diese 500 000 Mark wieder zu streichen. Begehrnd ist es, daß die Sozialdemokraten gerade für diese unnütze aller Kolonialausgaben gestimmt haben.

Präsident Dr. Kaempf:

Ich möchte gegenüber dem Abg. Dr. Arendt bemerken, daß gestern der frugale Titel zur Debatte gestellt und ohne Debatte angenommen wurde. Es wäre ja dabei Gelegenheit gewesen, den Titel anzufechten. (Sehrer Beifall.)

Staatssekretär Dr. Solz:

Die Wichtigkeit von Petroleumvorfunden geht doch daraus hervor, daß die Engländer, wo sie irgend können, ihre Hand auf Länder mit Petroleumvorkommen legen. Die Erwägung, ob es sich überhaupt lohnt, Petroleum von dort nach Deutschland zu bringen, hat auch die Kommission angefaßt. Es handelt sich nicht um den deutschen Markt, sondern darum, Absatzquellen in der Nähe von Neuguinea, etwa in Australien oder Ostafrika zu finden. Das Petroleum ist über ein weites Gebiet verteilt, das wir bereits gespart haben. Ob diese Quellen reichhaltig und gewinnbringend sind, soll untersucht werden. Der Plan über die Kosten liegt 200 000 Mark vor. Die Kommission meinte aber, daß sei nicht genug, 500 000 Mark würden ausreichen. Der Reichstag würde sich tun, sie zu bewilligen. Allerdings ist es ein alexandrisches Geschäft, aber wenn es einfließt, kann es großen Vorteil für das Reich bringen. Ob der Staat oder das Privatkapital sich beteiligen sollen, hängt von dem Schicksal des Petroleummonopols ab.

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.)

Wie werden in der dritten Lesung für die Streichung dieser unwirtschaftlichen aller Forderungen stimmen. (Präsident Dr. Kaempf rügt diesen Ausdruck.) Das Privatkapital soll hier vorangehen.

Abg. Gothein (Sp.):

Es ist Aufgabe der Kolonialverwaltung, Nachforschungen nach vorfindenden Naturkräften in den Kolonien anzustellen. Das ist keine Ausbeutung. Aus wissenschaftlichen Interessen kann sich das Privatkapital an solchen Forschungen nicht interessieren. Hier einzutreten ist die Pflicht der Verwaltung. In Niederländisch-Indien, dessen geologische Verhältnisse ganz ähnlich sind, hat sich eine ausgebreitete Erdölindustrie entwickelt. Wenn das Petroleum nicht nach Deutschland kommt, so doch das Benzin, das gleichzeitig gewonnen wird und wachsende Bedeutung gewinnt. Es handelt sich um ungemein wichtige Naturkräfte.

Abg. Dr. Frank (Sp.):

Die Haltung des Zentrums zeigt einen sehr merkwürdigen Widerspruch, nach dem in der Form, in der Dr. Pfeiffer seine Meinung vertritt. Das Zentrum hat ja in der Kommission mit für die Forderung gestimmt. Es macht sich sehr merkwürdig bemerkbar, daß Dr. Arendt nicht in der Kommission war. Sonst hätte Dr. Pfeiffer hier im Plenum nicht in der Weise seine Meinung zu ändern brauchen. (Weiterer Beifall.) Für Kulturforderungen sind wir immer zu haben, wie es sich z. B. bei der Baumwollfrage gezeigt hat.

Abg. Dr. Baasche (natl.):

Dr. Pfeiffer begreift die Anregung des Abg. Arendt nicht, um gegen die Forderung zu sprechen. Er hat es bereits in der Kommission getan. Das Privatkapital will natürlich einen Erfolg haben. Petroleumabzehrungen sind sehr schwierig und aberaus kostspielig. Die Bohrungen bringen auch große Gefahren, und deshalb sollte man es sich wohl überlegen, ob man diese Bohrungen, die kaum Erfolg versprechen, vornehmen soll. Aber immerhin kann man es ja versuchen. Unsere besten Wünsche begleiten diese Versuche.

Abg. Erzberger (Zentr.):

Wir haben in der Kommission und genau so ausgesprochen wie hier im Plenum. Man soll aber dann ganz Neuguinea sperren und nicht noch nebenbei eine Menge Privatspekulationen mitlassen. Der Staatssekretär sollte sogar die Sperre telegraphisch anordnen, da jede Minute kostbar ist. Die 500 000 Mark werden nicht reichen. Wir haben einer der monopolfreundlichen Leute, der noch monopolfreundlicher ist wie Dr. Frank, was viel sagen will. (Weiterer Beifall.) Ich glaube, die Bewilligung dieser geringen Summe würde der größte Unfug sein. Für solche Zwecke wird man nach Angabe von Sachverständigen 5 bis 7 Millionen gebrauchen, wenn das deutsche Kapital sich erfolgreich beteiligen soll. Mit jener kleinen Summe kann man höchstens schürfen und graben. (Zuruf: Mit dem Spatzierstock! Weiterer Beifall.) Damit wird tatsächlich wenig erreicht und kein Vertragsabschluss erzielt, nur Geld wird verpulvert.

Der Staatssekretär hat aber auch ausdrücklich gesagt, die Angelegenheit hänge vom Petroleummonopol ab. Wir meinen, das Monopol scheint für Neuguinea vollständig aus. Wenn der Staatssekretär die Erschließung Neuguineas von der Entsch-

lung oder das Petroleummonopol abhängig macht, dann kann es nach 20 Jahre dauern. Selbst wenn das Gesetz beschloffen wird, braucht es ja noch lange nicht vollzogen zu werden. Wir haben das größte Interesse, die Naturkräfte der Kolonien zu erschließen und damit den Reichsgeldsatz zu ernähren. Deshalb verlangen wir die Sperre für das ganze Schutzgebiet, damit die Naturkräfte einheitlich und zweckentsprechend ausgenutzt werden können, nicht durch das Reich, sondern durch das Privatkapital, weil dieses die nötige Vorkapitalkraft hat. Aber es soll deutsches Privatkapital sein und diesem sollen wir ein erfolgreiches Arbeitsgebiet offen halten. Hoffentlich macht es gute Geschäfte, damit wir die Ausgaben steigern und den Reichsgeldsatz ernähren können.

Staatssekretär Dr. Solz:

Ich kann dem Hause nur mitteilen, daß die Sperre nicht eingeführt zu werden braucht, sondern daß sie bereits am 20. v. Monats telegraphisch von mir angedeutet worden ist. (Weiterer Beifall.) Ich habe allerlei Verhandlungen gepflogen mit Privatspekulationen. Diese Verhandlungen haben aber noch nicht zu abschließenden Verträgen geführt. Es lagen dem Kolonialamt Offerten vor, deren Unterlagen uns aber nicht genügt. Dann habe ich die Verhandlungen abgebrochen, allerdings im Zusammenhang mit Plänen der verhandelten Regierungen. Ich konnte nicht Maßnahmen treffen, die geeignet waren, Pläne der Regierung zu durchkreuzen. Meine persönliche Stellung zum Petroleummonopol ist ganz irrelevant für die Kolonialverwaltung. Den Privatspekulationen muß ich doch irgend etwas bieten, ehe ich sie hinausdrücke; sonst bin ich ja in der Hand des Privatkapitals. Auch für die zukünftigen Verhandlungen muß ich eine objektive Grundlage dafür gewinnen, was langfristige, fähig ist.

Wenn ich die Verantwortung auf mich nehme und Konzeptionen in Neuguinea zulasse, muß ich die Konsequenzen ziehen und entsprechende Verträge abschließen. Das kann ich nur tun, wenn ich weiß, wie das Petroleum beschaffen ist. Ich denke nicht daran, daß das Kolonialamt selbst die Ausbeutung übernimmt, wir wollen aber Unterlagen schaffen. Auch Beamte sollen wir nicht hinausdrücken, sondern Sachverständige. Mit den 500 000 Mark scheint das richtige Mittel getroffen zu sein. Wir denken nicht daran, in einem Jahre 200 000 Mark, im nächsten wieder so viel mehr, auszugeben. Wir warten ja gar nicht, daß wir 500 000 Mark erhalten würden. Wir wollten die erste Summe nur dann auf ein Jahr verteilen. Da wurde uns gesagt, wenn Sie etwas machen wollen, dann nehmen Sie gleich 500 000 Mark. Also ganz unumstößlich scheint das Zentrum der Sache doch nicht gegenüberzustehen. Wir werden mit der Summe aber keine Grundlage schaffen. (Beifall.)

Abg. Waldstein (Sp.)

steht fest, daß sich Erzberger in der Kommission ausdrücklich für die 500 000 Mark erklärt hat. (Hört! Hört! und Weiterer Beifall.) Wir wollen nicht wieder große Konzeptionsgesellschaften schaffen.

Abg. Dr. Dietel (Natl.):

Der Staatssekretär hat also Neuguinea sofort gesperrt. Dafür sollte Herr Erzberger dankbar sein und die 500 000 Mark bewilligen. (Abg. Erzberger (Zentr.): Das wäre ein Substanzhandel. Rein, Liebe und Gegenliebe. (Weiterer Beifall.) Das Reich muß jetzt die Mittel haben, das Vorfinden des Petroleums festzustellen. Ich kann daher der Widerstand des Dr. Arendt und des Zentrums nicht begreifen. (Hört! Hört!) Wie kann man bei dieser Forderung von einem Unfug sprechen! Der Reichstag beschließt überhaupt keinen Unfug. (Weiterer Beifall.)

Abg. Dr. Frank (Sp.):

Streichen vom Unfug stamm ich Herrn Dr. Dietel zu. (Weiterer Beifall.) Diese 500 000 Mark hier haben mit dem Petroleummonopol gar nichts zu tun.

Damit schließt die Aussprache.

Abg. Meinhart (Natl.)

fordert weitgehenden Schutz der Paradiesvögel.

Staatssekretär Dr. Solz:

Der Wildschutz in den Kolonien ist erheblich ausgedehnt worden. Für die Erhaltung seltener Arten und seltener gewordener Tiere wird gesorgt. Der Streit in der Presse über die Paradiesvögel ist auf beiden Seiten sehr temperamentvoll geführt worden. Ich neige zuerst zu den sehr hart radikalischen Schutzfreunden. Ich wurde in meiner Meinung bestärkt, nachdem ich in London eine große Kollision von Vögeln gesehen hatte, wo Millionen von Reihern und Paradiesvögeln verkauft wurden. Das hat mich sehr ärgert gemacht. Ich reiste mit der Absicht nach Hause, mich den radikalischen Schutzfreunden durchaus anzuschließen. Mittlerweile sind die Herren von der Seefischexpedition zurückgekehrt. Sie haben mir erzählt, daß im Inneren noch eine Anzahl von Paradiesvögeln vorhanden sind und daß eine Gefahr des Aussterbens nicht besteht. Außerdem haben wir ausgezeichnete Meisterwerke gesehen, in denen Paradiesvögel auch an der Küste nicht geschossen werden dürfen. Das hat mich wieder beruhigt gemacht. Da es nun nicht leicht ist, welche Partei recht hat, habe ich einen mittleren Weg eingeschlagen. Ich habe angedeutet, daß 15 Jahre lang die Paradiesvögel nicht geschossen werden. (Beifall.) Eventuell werden wir die Frist verlängern. Die Regierung wird alles tun, um zu untersuchen, ob der Schutz für diese unschuldigen Tiere genügt oder nicht. Genügt er nicht, dann werden wir ihn weiter ausdehnen. Genügt er, so werden wir die Paradiesvögel so ordnen, wie wir in der Heimat unser Jagdweizen geordnet haben. (Beifall.)

Abg. Baasche (Natl.):

Der Staatssekretär hätte ruhig etwas radikaler sein können. Es ist sehr wenig erfreulich, daß diese gefährlichen Tiere, diese Vögel der Natur, heruntergeknallt werden, um dann auf dem Gute einer Dame zu prangen. (Zustimmung.) Der Staatssekretär könnte es ruhig verantworten, wenn er die Schanzzeit weiter ausdehnen würde.

Abg. Kasse (Sp.):

Ich hätte mich gefreut, wenn Herr Baasche gestern in derselben Weise für die schwarzen Menschen eingetreten wäre. Die Freigabe der Paradiesvögel bedeutet eine Drangsalierung der Eingeborenen, und die Folgen davon sind Konflikte mit den Eingeborenen. Deshalb sind wir für Verlängerung der Schutzfrist. Die Federhändler können ja für eine Jagd der Paradiesvögel sorgen und sich so die Federn verschaffen.

Abg. Kasse (Sp.):

Ich hätte mich gefreut, wenn Herr Baasche gestern in derselben Weise für die schwarzen Menschen eingetreten wäre. Die Freigabe der Paradiesvögel bedeutet eine Drangsalierung der Eingeborenen, und die Folgen davon sind Konflikte mit den Eingeborenen. Deshalb sind wir für Verlängerung der Schutzfrist. Die Federhändler können ja für eine Jagd der Paradiesvögel sorgen und sich so die Federn verschaffen.

Staatssekretär Dr. Solz:

Ich habe meinen Standpunkt nicht geändert. Das Argument, daß die Federhändler geschädigt würden, habe ich im Plenum nicht wiederholt, da mich der Abg. Kasse in der Kommission von der Richtigkeit dieses Arguments überzeugt hat.

Damit schließt die Debatte. Der Etat für Neuguinea wird ohne weitere Aussprache erledigt.

Zamoa.

Abg. Ledebour (Sp.):

In Zamoa herrschen leider Verhältnisse, die den Ruf Samoa als „Kulturland“ arg beeinträchtigen. Wir haben im Vorjahre einen Antrag auf Sicherstellung der Ehen zwischen Weißen und Farbigen mit 263 gegen 133 Stimmen angenommen, also mit so harter Mehrheit, wie sie sonst nur bei Rikstrawenstößen gegen den Reichstanzler üblich ist. (Weiterer Beifall.) Trotzdem ist bisher auf diesen Antrag nichts geschehen. (Zuruf: Auf das Rikstrawenstößen auch nicht!) Ja, leider, aber das ist doch etwas anderes, da ja der Reichstanzler keine Wünsche mit einer Samonierin eingegangen ist. (Weiterer Beifall.) Dr. Solz wäscht seine Hände in Unschuld. Er sagt, die Richter wollen solche Wünsche nicht beurteilen und auf diese Entscheidungen der Richter haben wir keinen Einfluss. Hier handelt es sich aber um die Richter als Ständesbeamte und ist damit der Regierung als Verwaltungsbeamter unterstellt. Ein Verbot der Ehen existiert nach dem Gesetz von 1870 nicht und kann nicht existieren, da wir damals noch keine Kolonien hatten. Wir verlangen die Durchführung unserer Beschlüsse. Sie können doch nicht glauben, daß die zahlreichen unerschütterlichen Weihen in Folge der Richterbefehle der Wünsche sich zur Enthaltungswahl entschließen werden. Da ja die Zahl der unverschämten Weihen in Samoa ja verschwindend klein ist, ist es eine Barbarei, die Wünsche zu verbieten. Wir wünschen durchaus nicht die Wünsche, aber unter den gegebenen Verhältnissen ist es eben eine Notwendigkeit.

Abg. Schulz (Rp.):

Der Ständesbeamte hat nach dem Gesetz selbständig zu prüfen, ob er eine handesamtliche Beurteilung vornimmt oder nicht. Es ist beabsichtigt, daß die Richter in Samoa hier darauf legen, auch als Ständesbeamte selbständig zu entscheiden. Es ist ganz verkehrt, den Richtern diese Selbständigkeit nehmen zu wollen.

Abg. Ledebour (Sp.):

Die Tatsache bleibt bestehen, daß jeder Verwaltungsbeamte, also auch der Ständesbeamte sich an die Vorschriften seiner vorgesetzten Behörden zu halten hat. Der Staatssekretär selbst hat ja an die Richter als Ständesbeamte Instruktionen erteilt, seine Befehle zwischen Weißen und Farbigen vorzunehmen. Das beweist doch, daß er Einfluss auf die Richter nimmt.

Staatssekretär Dr. Solz:

Ich lasse es dahingestellt, ob die Ständesbeamten lediglich dem Gesetz unterworfen oder Anweisungen von ihrer vorgesetzten Behörde unterworfen sind. Nur soviel weiß ich, daß ich keinen als Ständesbeamten funktierenden Richter finden kann, der sich Instruktionen gefallen läßt. (Abg. Ledebour: Wo steht denn das im Gesetz?) Das steht nicht im Gesetz, aber das steht im Herzen der Richter, daß er sich keine Vorschriften aufbürden läßt, die ihn in Zweifelsetzt mit seinen richterlichen Garantien bringen. Der vom Abg. Ledebour erwähnte Erlaß, den ich als Gouverneur von Samoa herausgegeben habe, war kein Erlaß im technischen Sinne des Wortes, sondern, wie es auch im Schulrhythmus heißt, nur eine Mitteilung von Grundrissen, deren Anwendung sich empfiehlt, wobei aber bei jedem einzelnen Falle die Besonderheiten ausdrücklich geprüft werden sollten. Ich bin mit der Mehrheit des Hauses und wohl auch des Volkes darin einig, daß die Wünsche unerwünscht sind. Ein Verbot der Wünsche scheint nicht nötig, weil die Leute eingesehen haben, daß es eines Weihen unwürdig ist, mit Angehörigen ihrer Rasse sich zu verheiraten. Im allgemeinen werden deshalb wohl Wünsche nicht mehr vorkommen. Sollte es aber doch geschehen, so müssen sich die Gouverneure damit abfinden, ohne gegen die Gesetze zu verstoßen. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Schulz (Rp.):

Der Richter muß selbständig entscheiden. Er kann sich nicht dreinreden lassen, auch nicht vom Staatssekretär.

Abg. Ledebour (Sp.):

Vorher waren solche Wünsche erlaubt. Jetzt sind sie verboten. Auf Grund welcher Gesetzesbestimmung? Ich frage nun den Staatssekretär zum dritten Male:

Abg. Rumm (Birtsch. Bagg.)

beantworte, die Mittel zum Bau einer Quarantänestation zu bewilligen.

Der Antrag wird angenommen und der Etat für Samoa erledigt.

Ostafrika.

Resolutionen der Budgetkommission verlangen Mitteilung über die Maßnahmen zur Befestigung der Dausflöveret bis zum Jahre 1920, ferner eine Heberück über den Wechsel in den Besitz- und Nachverhältnissen der Pflanzungen. Beim Bahnbau in die Gebiete von Ruanda und Urundi soll kein staatlicher Arbeitszwang ausgeübt werden. Genügende Arbeiterbestimmungen sind zu erlassen. Das Gebiet soll nicht von Weihen besetzt werden. Die Verwaltungsbefugnisse sollen vorerst beibehalten werden.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Rp.):

Gewiß, die Missionschulen haben kulturelle Verdienste. Aber auch die Regierungen haben leisten vorzügliche Arbeit. Sie müssen ausgebaut werden. Sie haben ein ausgezeichnetes Lehrpersonal. Die Lage der Lehrer muß gehoben und durch die Einführung von Reklamationen gefördert werden. Die Ausbildung der kolonialen Lehrer muß möglichst in staatlichen Anstalten erfolgen. Die Staatsregierung muß an der Schulhoheit und an dem bis herigen gemischten System festhalten.

Staatssekretär Dr. Solz:

Aus den früheren Debatten über die Missionschulen schien hervorgegangen, daß den Missionen die Regierungen eigenlich unerwünscht seien, und sie begründeten das mit der Vermutung, daß diese Schulen den Islam stützten. Ich glaube, die Missions-

Am 7. März verschied in Homburg v. d. Höhe
unser lieber Vater

Emil Griessbauer

im Alter von 85 Jahren.

Ludwig Griessbauer und Frau.

Giessen, am 11. März 1914.

Die Einäscherung fand in aller Stille statt.

Allen Verwandten und Bekannten hiermit die schmerzliche
Mitteilung, dass mein lieber Mann, unser guter Vater,
Grossvater und Schwiegervater

Herr Bertus Becker

Kreisstrassenwart i. P.

heute morgen 10 Uhr nach langem, schwerem Leiden sanft
in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Marianne Becker

Bertus Becker und Familie

Wilhelm Mohr und Familie

Katharine Bechtold Witwe.

Garbenteich und Launsbach, am 11. März 1914.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 1/2 Uhr in Garbenteich statt.

Es hat dem Herrn gefallen, gestern unsere liebe,
gute Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwieger-
tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Elisabeth Kessler VI. Wwe.

geb. Pepler

nach langem Leiden im Alter von 48 Jahren zu sich zu rufen.

Namens der trauernden Hinterbliebenen:

Familie L. Faber XI.

Familie J. Schimmel.

Grossen-Linden, 12. März 1914.

Die Beerdigung findet Freitag, 13. März, nachm. 3 1/2 Uhr statt.

Heinrich Hahn, Giessen

Neustadt 8. — Telefon 403

Samenhandlung f. Gartenbau u. Landwirtschaft

Haupt-Artikel: Erstklassige Gemüse-, Blumen- u.
Grassamen, selbstgepresste Kleesaaten
speziell Pfälzer Rotklee, Original- und Elite-Runkel-
rüben, holländische Blumen-Zwiebeln

Pflanzen-Spritzen, Obstbaum-Karbolnium, Bast, Baumwachs, Kokos-Stricke
Garten-Geräte usw. — Naumanns Blumen-Dünger

Sämtliche Düngemittel für den Garten (gratis) Preisliste gratis

Die neuesten

Adlerfahrrad-Modelle

sind bei

Göbel & Appel

Südanlage Nr. 20

eingetroffen.

Kataloge auf Wunsch kostenlos!

Realschule Miltenberg a. M.

(Schülerheim) mit Handelsabteilung.

Erteilt Einjährigzeugnis.

Übergangsklassen für Gymn. — Schularzt. (70)hv

**Paskal-
Jogurt**

Trockenspeise

Tabletten

Entfettungs-Tabletten

Spezialtabletten geg. Herpes u. z. Durchfall-
ung u. Entzündungen. Packung M. 3.50

Allein-Depot für Giessen:

Reformhaus Giessen, Paul Scholz.

**Gießener
Pferde-Lose**

à Nr. 1 (Ziehung 26. März)

sind in allen bekannten Ver-
triebsstellen zu haben. General-
Vertrieb **Buchacker**,
Neuen Bäume 11. Tafelb. 11
Lois für 10 Mk. so lange
Vorrat. Für Porto u. Vite
25 Pf. extra. Nachr. teurer.

(2551)

Mainzer

Pferde-Lose à Mk. 1

(Ziehung 21. März) sind zu
haben bei **Buchacker**,
Neuen Bäume 11.

(2551)

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei unserem schmerzlichen Verluste
sagen wir auf diesem Wege unseren innigsten
Dank.

Margarete Klingelhöfer und Kinder.

Giessen, den 11. März 1914. 3457

Arbeitsvergebung.

Für die Feldbereinigungsgesellschaft **Kesselbach**,
Kreis Giessen, sollen vergeben werden Los I—IV
Begrünungsarbeiten, veranschlagt zu 884 Mark.
Die Verdingungsunterlagen liegen auf Großherzog-
l. Bürgermeisterei Kesselbach offen; Angebote haben
in Prozenten des Voranschlags zu erfolgen und sind
versiegelt, postfrei und mit entsprechender Aufschrift
versehen bis **Montag, den 16. März, vormittags**
11 Uhr, auf Großh. Bürgermeisterei Kesselbach ein-
zureichen, wo die Eröffnung in Gegenwart erschie-
nener Bieter stattfindet. Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Giessen, am 9. März 1914. 3488B

Großh. Kulturspektion Giessen.

D. Steinbach.

Arbeitsversteigerung.

Donnerstag, den 19. d. Mts., vormittags
9 Uhr, sollen auf hiesiger Bürgermeisterei die zur
Herstellung eines Kanals erforderlichen Arbeiten
und Lieferungen öffentlich in Afford vergeben
werden als:

1. Zementröhrenlieferung veransch. zu 424.— Mk.

2. Erd- und Maurerarbeit " 390,23

Voranschlag und Bedingungen liegen zur Ein-
sicht bei uns offen. 3450

Londorf, den 11. März 1914.

Großh. Bürgermeisterei Londorf.

Aumann.

Wasserleitung zu Bersrod.

Die Verlängerung von circa 75 fhd. Meter
Wasserleitung mit Erdarbeiten soll auf dem Sub-
missionswege vergeben werden. Angebote mit ent-
sprechender Aufschrift sind bis **Montag, den**
16. März, nachmittags 3 Uhr, auf hiesiger
Bürgermeisterei einzureichen.

Voranschlag und Bedingungen liegen auf
hiesiger Bürgermeisterei offen. 3445

Bersrod, den 10. März 1914.

Großh. Bürgermeisterei Bersrod.

Reuschling.

Bekanntmachung.

Der Voranschlag der Gemeinde Birklar für
1914 Nr. 1 liegt vom 12. d. Mts. ab eine Woche
lang auf dem Bürgermeistereibureau zur Einsicht
der Beteiligten offen. Einwendungen gegen den
Voranschlag können innerhalb der Offenlegungs-
frist schriftlich oder zu Protokoll des Unterzeichneten
vorgebracht werden.

Zu den vorgesehene Umlagen werden auch
die Auswärtigen herangezogen. 3442

Birklar, den 10. März 1914.

Großh. Bürgermeisterei Birklar.

Müller.

Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des
Landwirts und Zimmermanns **Georg Philipp Kraus**
loft in Rodheim a. B. ist zur Abnahme der Schluss-
rechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwen-
dungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Ver-
teilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Be-
schlagnahme der Gläubiger über die nicht verwertbaren
Vermögensstücke, sowie zur Anhörung der Gläubiger über
die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer
Bergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses
der Schlusstermin auf den 8. April 1914, vormittags
10 Uhr, vor dem königlichen Amtsgericht hier selbst,
Zimmer Nr. 11, bestimmt. 3458 D

Glödenbach, den 6. März 1914.

Der Gerichtsdirektor des königlichen Amtsgerichts, Abt. 4.

Frühjahrs-Pferdemarkt in Giessen.

Sie beabsichtigen, auch bei dem am Mittwoch, den

25. März 1914, stattfindenden Pferdemarkt eine

Pferdechau mit Prämierung

abzuhalten und zwar speziell für im Privatbesitz befind-
liche Reit-, Wagen- und Arbeitspferde; dieselben können

unter dem Reiter, ein-, zwei- oder vierpännig, auch im
Gesicht vorzuführen werden.

Die Preisverteilung beginnt vormittags

11 Uhr. Die Preisverteilung schließt sich unmittelbar an.

Während der Vorführung findet **Konzert** statt.

Es gelangen nur **Ehrenpreise** zur Verteilung.

Anmeldungen haben spätestens bis **Montag, den**

21. März, bei Herrn Weinbändler **August Schwan** in

Giessen zu erfolgen.

Pferdebesitzer laden wir zur Teilnahme ergebenst ein.

Die **städtische Pferdemarkt-Deputation**.

Grünwald, Betzkoordner. 3440 B

Habe in diesem Jahre größere Massen

Prima Zement und Schwemmsteine

aufgekauft und bin ich in der Lage den Sack
Zement zu Mk. 1.90, die Schwemmsteine (1000)
für Mk. 34.00 ab meinem Lager zu verkaufen.
Bei Wagen-Beträgen ab den Bahnhöfen Mücke,
Stockhausen, Weickartshain, Freisen, Laun-
bach und Vöhringen gewähre ich bei Zement
10% Rabatt und Schwemmsteine das Tausend
zu Mk. 32.50. Wiederverkäufer erhalten hohen
Rabatt. Auch können die Materialien durch mein
Fuhrwerk bei billiger Berechnung direkt zur
Baustelle gebracht werden. 3390 D

H. Seim

Baugeschäft und Baumaterialien-Handlung

Lardenbach Telefon 15, Amt. Mücke

Bilanz am 31. Dez. 1913

Aktiva. Mk.	Passiva. Mk.
Kassenbestand 12725.40	Spareinlagen 266138.69
Ausgel. Kapital:	Reservefonds 4614.44
a) geg. gerichtl.	Guthaben der
Hypothek 157142.50	Genossen 2850.—
b) geg. Bürger- schaft u. a.	Einlagen a. lauf. Rechnung 4964.04
Sicherheit 40555.89	Saldo Rein- gewinn 1700.51
c) in laufend.	
Rechnung 23870.—	
d) geg. Kauf- schillinge 35959.—	
e) geg. Hinter- legung von Wertpap. 800.—	
Mobil. 239.16	
10% Ab- schreib. 23.91	215.25
Ausstehende Zinsen 8999.64	
	280267.68

Stand der Mitglieder Ende 1912 57

In 1913 gingen zu 2

In 1913 gingen ab 2

Stand der Mitglieder Ende 1913 57

Die Rechnung liegt von heute ab 8 Tage lang

bei Rechner Schlapp zur Einsicht der Mitglieder offen.

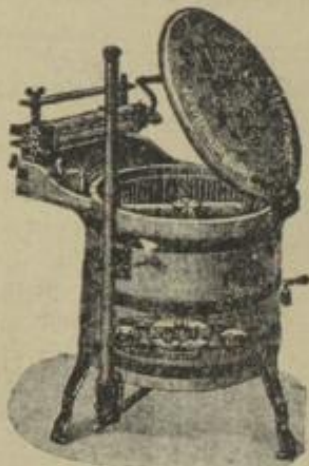
Mainzlar, den 12. März 1914.

Spar- u. Vorschußkasse Mainzlar

Eingetr. Genossenschaft mit unbeschr. Haftung.

Bogel, Direktor. Spaar, Kontrolleur.

Schlapp, Rechner. 3459



Waschmaschinen

Wringmaschinen

Wäschemangeln

Drahtwäscheleinen

Drahtwäscheklammern

empfehlen billigst

3478a

Emil Pistor Nachf.

Bahnhofstrasse 54

neben Hotel Schütz findet der Rest-
ausverkauf meines Warenlagers statt,
und gewähre ich auf alle Ar-
tikel ausser Glühlampen

40% Rabatt

Karl Schunck

jetzt nur Bahnhofstrasse 54